

Allein gegen die Freunderln

Strasser, Grasser, Meischberger:
Die Staatsanwaltschaft widmet sich
den schwarz-blauen Skandalen.
Und zeigt dabei ihre Schwächen



Exfinanzminister Karl Heinz Grasser:
Es gilt wie immer die Unschuldsvermutung

BERICHT: ELBRIAM KLEIN

Sag noch einer, Staatsanwälte seien lahm, wenn es um die Aufarbeitung von Freunderwirtschaft geht. Manche bringen sogar sonstags über ihren Fall an. Norbert Haselhofer zum Beispiel.

Der auf Wirtschaftskriminalität spezialisierte Staatsanwalt bearbeitet gerade die Casa Buwog, die Affäre rund um die schwarz ausbezahlten Millionenprovisionen an die Geschäftspartner von Exfinanzminister Karl-Heinz Grasser.

Am Sonntag studierte Haselhofer deshalb das neue Profil. Der Verkauf von 2.000 Buwog-Wohnungen, so behauptete darin ein anonym auftretender Exkabinetsmitarbeiter Grassers, sei ein „abgekartetes Spiel“ gewesen. Nicht nur der spätere Käufer der Liegenschaften, die rund 900 Millionen Euro wert waren, die Immofinanz, sei damals festgestanden. Auch der Ex-FPO-Politiker, Lobbyist und spätere Grasser-Kompagnon Walter Meischberger sollte in dem Deal „an Bord“ geholt werden.

Das Bieterverfahren, so der Informant stammig, sei nur ein Bluff gewesen. Karl-Heinz Grasser und sein heutiger Geschäftspartner, der Immobilienreuhändler, Buwog Aufsichtsrat und frühere FPO-Sponsor Ernst Karl Plech, hätten nämlich vorgegeben, „wohin die Reise gehen“ solle. Die über Scheinfirmen ausbezahlten zehn Millionen für die Grasser-Freunde Walter Meischberger und Peter Hoegger seien über auch in diesem Lichte zu betrachten.

Während der aufgebrachte Exfinanzminister noch rätselte, welcher Mitarbeiter ihn belastet haben könnte, und Plech über seine Anwälte alles dementierte, setzte sich Staatsanwalt Haselhofer an seinen Computer und googelte den Namen des mysteriösen Profil-Informanten. Es ist der ehemalige stellvertretende Kabinettschef Michael Ramprecht. Er war im Finanzministerium für die Privatisierung der Staatswohnungen zuständig, wurde dann von Grasser zum Geschäftsführer der Bundesbeschaffungsgesellschaft ernannt und später wegen dubioser privater Immobiliendeals von diesem Posten entfernt.

Staatsanwalt Haselhofer hätte den Amtsgehalt einhalten und die Polizei mit der Ausforschung des Kronzeugen beauftragen können. Anstatt Vorladungen zu diktiert, suchte er sich lieber selbst die Handynummer Ramprechts und befahl ihn noch am Sonntag zum Verhör.

Der ehemalige Grasser-Vertraute, so wurde dem Falter am Montag aus Justizkreisen bestätigt, wiederholte auch unter Wahrheitspflicht als Zeuge vor dem Staatsanwalt, was er Journalisten kurz zuvor anvertraut hatte. Der Buwog-Verkauf sei eine beschriebene Sache gewesen. Es sei, so legte Ramprecht nach, Grassers Wunsch gewesen, dass die Immofinanz, die die später üblich entlohnten Lobbyisten Meischberger und Hoegger beschäftigte, den Zuschlag erhält. Alle drei bestreiten dies.

Die Justiz macht also Druck, und Haselhofers Elbe passt so gar nicht zur Trägheit seiner Kollegen aus der „politischen Abteilung“ der Staatsanwaltschaft, die dieser Frage so unruhig Beschuss stehen, weil sie Angelegenheiten gegen ÖVP-Politiker so lange „überprüfen“ hatten, bis diese verjährten.

Bis hier war nicht das erste Gebot der Justiz, doch manchmal wichtig, um Beweismittel zu sichern. Haselhofer wollte wohl die Aussagen eines wichtigen Zeugen zu Protokoll nehmen. Die Aussagen sind Aufklärung

durch Millionenklagen eingeschüchtert werden könnte. Dass so etwas geschehen kann, zeigten ja auch andere hochpolitische Verfahren der Vergangenheit. In der „Stadionaffäre“ rund um das Klagenforum EM Stadion, als es um Schmiergeldzahlungen an die FPO durch den Bankkonzern Strabagging, wurde ein Architekt, der Korruption beklagte, durch eine Klagenflut zum Schweigen gebracht. Und der abgesetzte Kripo-Chef Herwig Haidinger, der über Korruption im Innenministerium auspackte, wurde mit Disziplinaranzeigen geradezu überschüttet.

Auch Karl-Heinz Grasser (vertreten durch den gefürchteten Medienanwalt Michael Ram) drohte am Montag dem ehemaligen Kabinetsmitarbeiter Ramprecht mit teuren Kreditschädigungsklagen. Der ehemalige Kollege, so Grasser, habe sich ja „selbst etwas zuschulden kommen lassen“ und führe nun einen erpresserischen Rachefeldzug gegen ihn. Es gilt die Unschuldsvermutung für beide. Die Klagenforderungen wirken offenbar. Ramprecht ist zu weiteren Stellungnahmen nicht bereit. Am Telefon lässt er sich vertuegen.

Die Justiz sammelt derweil weitere Beweise. Die neuen Manager der maroden Immofinanz helfen ihr dabei. Sie wollen die Millionenprovisionen wieder zurück, weil dafür angeblich keine Leistungen erbracht worden sei. Die Kriminalpolizei durchsucht Wohnungen und Büros von Grassers Trauzeugen Walter Meischberger, der seine Unschuld beteuert, und das Finanzamt durchforstet die Konten von dessen PR-Firma Valora, an der auch Grasser kurzfristig beteiligt war. Über diese Firma, so lautet der von allen Beteiligten bestrittene Verdacht, könnten die Millionenprovisionen verteilt worden sein.

Die Anklagebehörde geht nun Hinweisen nach, wonach geheime Informationen im Bieterverfahren Grassers Freunden zugesiegt worden seien. Ein Vorwurf, den der Exfinanzminister brüsk zurückweist. Doch er wird erklären müssen, wieso das Gebot der Immofinanz für die Buwog nur rund ein Promille über jenem der Konkurrenz lag. So ein hauchdünnem Vorsprung bei einem Milliardengeschäft legt auch für die Ankläger den Verdacht nahe, dass die Gebote verraten wurden.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch eine Bemerkung Walter Meischbergers. Gegenüber dem Falter gab er vergangene Woche zu, einst von Jörg Haider vertraulich erfahren zu haben, dass das Land Kärnten auf ein Vorkaufsrecht bei der Veräußerung eines Teils der Bundeswohnungen verzichten werde. Das Vorkaufsrecht habe sich Haider nur aus politischen Gründen zusehern lassen, um in Kärnten als möglicher Retter der Wohnungen punkten zu können.

Eine wertvolle Insiderinformation, die Meischberger über den Lobbyisten Hoegger an die Immofinanz weiterleitete, die deshalb in ihrem Gebot die Wohnungen aus Kärnten möglicherweise höher bewertete als die Konkurrenz.

Nur ein Problem taucht bereits jetzt auf: Die Affäre Buwog könnte längst verjährt sein. Erst wenn nachgewiesen werden kann, dass Grasser der Republik einen Schaden von mehr als 50.000 Euro zugefügt hat, seien weitere Ermittlungen möglich. Auch ein Strafverfahren gegen Walter Meischberger und Peter Hoegger ist un-



Die Spitzelaffäre

Im Jahr 2000 gab der freizeitschriftliche Politikerkollege Jörg Haider aus über systematischen Datenabgleich durch FPO-Politiker aus. Alle Verleihen wurden eingestrichelt. Sogar Kärntens wurde heimgesprochen.



Die Stadionaffäre

Im Jahr 2005 erstattete die BIA Anzeige gegen Jörg Haider und den Raikonzer Strabag. Es ging um Korruption und um den Bau des Klagenforum Stadions. Die Justiz stellte das Verfahren sofort ein.



Die Homepageaffäre

Im Jahr 2003 wurde bekannt, dass sich ein Verein rund um Finanzminister Grasser von der Industriellervereinigung 200.000 Euro steuerfrei schenken ließ. Finanzstrafrecht beklagter „ziffernen Rechtsbruch“, Nichts geschah.



Die Eurofighter-Affäre

Im Jahr 2007 wurde bekannt, dass der ehemalige BKA-Polizist Genrat Komputz über sechs Millionen Euro Provision beim Eurofighter-Deal kassiert hatte. Die Justiz stellte das Schmiergeldverfahren ein.

beweis. Schließlich haben sich die beiden selbst angezeigt – allerdings erst, nachdem ein Journalist vom Wirtschaftsforum von den Schwarzgeldzahlungen Wind bekam und darüber am 11. September berichtete.

Das Tempo der Ermittlungen im Fall Buwog ist wohl auch ein Signal für die Öffentlichkeit. Die Staatsanwaltschaft weiß, dass alle ihren Ruf der Untätigkeit lowering muss, zumal wenn es um die Aufarbeitung von Vorwürfen gegen die Staatspitze geht. Nicht nur die vom Falter veröffentlichten Akten der Weisungsaktion im Justizministerium haben das Ansehen der Anklagebehörde ramponiert. Politiker, Richter, Staatsmanager und Polizisten wurden mit merkwürdigen Begründungen und in verschleppten Verfahren vor Strafverfahren geschont – sehr zum Ärger von Korruptionsermittlern, die neue Sitten in der Republik fordern.

Vergangenen Freitag wurde im U-Ausschuss des Nationalrats der nächste Justizsaustall sichtbar. Die Opposition hatte den Wiener Staatsanwalt Christian Walz gehörig ins Gebot genommen. Es ging um die Freunderwirtschaft/Erneuerendenschwarzen Ministers; die des Ernst Strasser.

Anfang März 2008 hatte der Falter ein Konvolut jener E-Mails an Staatsanwaltschaft und BIA übersandt, in denen schwarzer Postenscheine und Einladungen zu Jagden durch den Waffenhoibysten Alhans Mendendorff-Pouilly dokumentiert waren.

Was geschah? Das 150 Seiten starke Paket blieb unbearbeitet liegen. „Ich habe die Anzeige übersehen“, gab Walz zerknirschend vor den lassungslosen Parlamentariern zu. Statt zu prüfen, ob öffentliche Posten vom Innenminister nach Parteibuch vergeben wurden, ließ Walz erheben, wer denn die E-Mails gestohlen haben könnte. Auch mehrmalige Nachfragen seitens des Falter bei BIA und Staatsanwaltschaft änderte an seinem Desinteresse nichts. Beim BIA gab man sich noch untertänig: „Ja, wenn wir da einmal hineinsehen würden“, bemerkte ein BIA-Beamter.

Dem Justizministerium gehen diese Unsitte offenbar zu weit. Im Dezember 2008 fragte ein Beamter nach, warum gegen Strasser noch immer nicht ermittelt worden sei. Doch wieder blieb der Akt liegen. Er wanderte zu einem 29-jährigen Staatsanwalt, der den Akt nun wegen Verjährung dem Beifolgt mitteilen muss. Walz wird sich für seine Untätigkeit in einem Disziplinarverfahren verantworten müssen. Und Justizministerin Claudia Bandion-Ortner kündigte eine Kontrolle der Staatsanwälte an.

Wo liegen die Gründe für solche Zustände? Wieso sind linke Staatsanwälte wie Buwog-Ankläger Norbert Haselhofer Ausnahmefälle? Ankläger, Korruptionsermittler und Oppositionelle bieten viele Erklärungen dafür. „Personalnot“ lautet eine. Die Staatsanwaltschaft, mit enormen Kompetenzen ausgestattet, sei unterbesetzt und nicht mehr (muss) die Aktenflut zu bewältigen.

In der Korruptionsstaatsanwaltschaft etwa arbeiten zum Beispiel nur fünf Ankläger an den größten und komplizierteren Fällen des Landes. Und das, so beklagen die Korruptionsermittler, sei wohl kein Zufall.

„Kompetenzmangel“, lautet die zweite Erklärung für die träge Justiz. Für komplizier-

Fortsetzung von Seite 11

zierte und globale Wirtschaftscausens der Sorte Buhwig, Meini, Mensdorff und Imhoffmann seien die juristisch, aber nicht betriebswirtschaftlich geschulten Staatsanwälte einfach zu schlecht ausgebildet. Beschuldigte Wirtschaftsbosse, vertreten durch eine Armada von mit allen Wassern gewaschenen Wirtschaftsadvokaten, klatschen die Justiz an die Wand, wie derzeit die Causa Julius Meini zeigt. Jeder Fehler wird von Anwälten und PR-Leuten Meinis via Presseaussendung skandalisiert. Dass die Justizministerin nun verspricht, ein paar Wirtschaftsexperten für die Staatsanwaltschaft zu engagieren, ist zwar ein guter Anfang, mehr aber auch nicht.

Dritte Erklärung: die Feigheit der Ankläger gegenüber den Mächtigen. Nicht nur der Grüne Peter Pilz beklagt, die Staatsanwaltschaft habe sich in den letzten Jahren zu einer Filiale der Macht entwickelt. Auch Exrechnungshofpräsident Franz Fiedler rügt immer wieder, dass die Ankläger politisch subtil gesteuert werden könnten, etwa durch die Aussicht auf Beförderungen.

Werner Pleischl, der streitbare Chef der Oberstaatsanwaltschaft Wien, beklagt, noch immer dem Justizminister weisungsunterworfen zu sein. „Solange ein Politiker oben sitzt und hipp und hopp sagen kann, werden wir ständig im Geruch der Geheimniskrämerie und der Politjustiz stehen. Selbst wenn die Realität anders aussieht.“

Pleischl leidet unter dem Besuch der Opposition. Die Attacken des Parlaments erlebt er als „Paradigmenwechsel“ im Umgang mit der Justiz. Die heilige Justiz, muss er erkennen, wird nun auch von Volkvertretern in deren Sprache kritisiert.

Das hat Vorteile, weil dadurch Missstände aufgedeckt werden. Aber es öffnet auch noch mehr parteipolitischen Einflussnahme von der falschen Seite Tür und Rand. Vor allem das BZÖ kritisiert dieser Tage Staatsanwälte und die Antikorruptionsgruppe BIA ja auch aus eigennützigen Motiven (etwa weil der vorbestrafte Peter Westenthaler wegen Nötigung eines Polizisten angeklagt werden soll).

Pleischl tritt deshalb für eine umfassenden Reform ein. Die Staatsanwälte sollten nicht mehr dem Minister, sondern einem Senat von vier Oberstaatsanwälten unterworfen sein. Dadurch könne der Vorwurf der Politjustiz neutralisiert werden. Einstellungen in politisch brisanten Verfahren sollten zudem wie OGH-Urteile im Internet öffentlich gemacht werden. „Wir haben momentan das Problem, dass Dinge geheim sind, die eigentlich öffentlich sein müssten“, sagt Pleischl, „und die Medien veröffentlichen höchst private Daten, die niemanden etwas angehen.“

Pleischls Forderungen lassen die schwarze Justizministerin Claudia Bandion-Ortner kalt. Sie hat bereits versichert, dass sie das Weisungsrecht nicht abschaffen will. Sie hegt andere Pläne. Im Justizministerium arbeitet ihr Kabinettschef an einer großen „Strukturreform“, mit der, so die Sorge vieler Beamter, die letzten progressiven Sektionsleiter abgessigt und durch schwarze Parteigänger ersetzt werden sollen. Vielleicht wird sich bald wieder jemand mit der Parteibuchwirtschaft in einem schwarz regierten Ministerium befassen müssen.



Die Affäre Haidinger

Der angeklagte Kripa-Chef beklagte 2007 Fälschung, Korruption und Verletzung von Innenministerium. Die Justiz sollte das Verfahren ein. Haidinger wurde wegen Disziplinarvergehen verurteilt



Die Affäre Platter

Der Innenminister wurde durch das „Asymädchen“ Arigona Zogaj 2007 in Bedrängnis gebracht. Er veröffentlichte geheime Daten der Familie. Ein Strafverfahren gegen ihn und seine Beamten wird bis heute verschleppt



Die Hypo-Affäre

Rund um den Verkauf der Körnerer Hypo-Bank wurde bekannt, dass das Land Kärnten für ein mündliches Gutachten sechs Millionen Euro an einen Steuerberater der ÖVP bezahlte. Die Justiz interessiert sich nicht dafür



Die Strasser-Mails

In E-Mails des ehemaligen Innenministers sind Postenschaucher und Jagdleitungen durch Küstungsbobbyisten dokumentiert. Eine Anzeige wurde vom zuständigen Staatsanwalt „liegegelassen“

„Grasser ist ein Ehrenmann“

Andreas Khol über Freunderln, Fehler und seinen Verfassungsbogen. Und warum für den Exfinanzminister bürgt

INTERVIEW:
STEPAN APFL
MATTHIAS C. BERNOLD



Er ist einer der längstdienenden Politiker der ÖVP. Gewitzt, gebildet, nie um ein Sprichwort verlegen: Andreas Khol, Klubobmann, Nationalratspräsident und Architekt der schwarz-blauen Wenderregierung, vertritt seit 2006 die Interessen der Pensionisten im Seniorenbund. So manche Position hat der Verfassungsjurist während seiner jahrzehntelangen Laufbahn geändert. Aber in zwei Angelegenheiten ist der Tiroler konsequent geblieben: in seiner Wertschätzung für Wolfgang Schüssel, den er als besten Bundeskanzler seit Julius Raab bezeichnet, und in seiner Haltung zu Exfinanzminister Karl-Heinz Grasser.

Falter: Wieder ist Ihr Schützling in einen Skandal verwickelt. Angeblich wurden Geschäfte abgeschlossen, die einzelnen Personen mehr dienten als der Republik. Im Zentrum der Vorwürfe stehen wieder einmal Karl-Heinz Grasser und seine Geschäftsfreunde.

Andreas Khol: Das sind alles Spekulationen. Ich gebe darauf überhaupt nichts. Ich bin davon überzeugt, dass es zwischen Immobilien und anderen handelnden Personen keine besonderen Kontakte gegeben hat. Immerhin hat etwa Grassers Trauzeuge Walter Meisberger Selbstzeugnisse erstattet, weil er zehn Millionen Euro an Beraterhonoraren eingenommen hatte, ohne sie zu versteuern. Für Beraterdienste in einem Feld, in dem er nicht einmal über Expertenwissen verfügt.

Khol: Österreich ist ein Land, in dem mit Sachverhaltsmitteilungen großzügig umgegangen wird. Die Einstellungen der Verfahren werden dann regelmäßig nicht berichtet. Also halte ich mich an die Fakten und nicht an Gerüchte. Im politischen Leben lernt man, dass man zuwarten muss und nicht vorschnell den Stab bricht. Dass

Meisberger zehn Millionen Euro bekommen hat, hat mich verblüfft.

Wie haben Sie den Prozess des Verklammerungsbogens mitbekommen?

Khol: Überhaupt nicht. Ich war Präsident des Nationalrats und nahm nicht an den Ministerräten teil.

Nun steht Grasser im Mittelpunkt eines ominösen Vorgangs, bei dem Freunderln einen Euro durch Staatsgeschäfte erhalten haben.

Khol: Es sind nicht die schlechtesten, an denen die Wespen nageln. Karl-Heinz Grasser nagel die Wespeninstrumental war für den ÖVP-Minister 2002. Die Homepageaffäre war eine aufgeblasene Intrige. Alles andere rüchte und Racheakte. Ja, ich habe im Parteivorstand dagegen an

gesprochen, dass Grasser Vizekanzler aus ideologischen Gründen: weil Christdemokrat ist.

Vor einem Jahr hat Wilhelm Molterer gemeint, die Türen zur ÖVP stünden offen. Noch immer?

Khol: Als Parteimitglied ist er sich selbst willkommen.

Und in Regierungsfunktionen?

Khol: Das käme auf den Parteibuch aus meiner Sicht: ist Grasser scholtener Ehrenmann. Die Liegung der Österreichischer ist nun ein Intrigantensterdi.

Sind Sie nach wie vor stolzer Architekt Schwarz-Blau?

Khol: Ja. Worauf ich stolz bin, ist die Komplex der NS-Entscheidung. Bredem das neue Staatsbürgerschaftsgesetz die Zusammenlegung von Polizeidarmarie, und die ÖIAG haben auf neue Beine gestellt. Da können lange schwärmen!

ÖVPler sprachen stets davon, mit der die Erringung der Republik zu tun haben. Handelt es sich nicht vielleicht